

Der Mann, der heilige Kühe in Goldesel verwandeln kann

Gutes tun wollen alle. Er macht es besser: Der peruanische Ökonom Hernando de Soto stellt der Entwicklungshilfe ein Armutzeugnis aus und propagiert überraschende Lösungen für die Dritte Welt. Besuch bei einem warmherzigen Kapitalisten. Von Daniel Ammann und Thomas J. Mueller (Bild)

Hernando de Soto will die Dritte Welt retten, doch heute könnte er Hilfe gut selber brauchen. Er sieht elend aus. Seit zwei Wochen schon plagt ihn eine Grippe mit einem gefährlichen Namen, die er sich in Tansania geholt hat. Hustend sitzt er auf einem braunen Ledersessel in einem noblen Vorort von Lima und schnäuzt sich schon wieder die Nase. Das rosarote Hemd, das er locker über der schwarzen Hose trägt, lässt ihn noch bleicher erscheinen.

Eigentlich wollte er das Gespräch in seinem prächtigen Garten führen, auf den er so stolz ist. Hat er doch jede Palme, jede der Bougainvilleen mit den üppigen violetten Blüten selber gepflanzt und den ovalen Swimmingpool eigenhändig entworfen. Weil der peruanische Winter seine Krankheit noch verschlimmern könnte, reden wir stattdessen in seinem Arbeitszimmer und trinken schwarzen Tee. Trotz Fieber und aufgedunsener Augen spricht und gestikuliert der 64-jährige Ökonom, ein Bär von einem Mann, mit einer Leidenschaft über seine Mission, als wäre es das erste Mal.

Der ansteckende Enthusiasmus macht einen Teil von de Sotos Erfolg aus, der gedrängt von allen Wänden lächelt. De Soto mit George Bush. De Soto mit Kofi Annan. De Soto mit allerlei Staatschefs von Mexiko bis Thailand, von Pakistan bis Russland. Eine Widmung von Ronald Reagan hängt neben einer Karte von Margaret Thatcher neben einem Gruss von Milton Friedman neben unzähligen, in Gold gerahmten Auszeichnungen und Preisen. Das *Time Magazine* ernannte ihn letztes Jahr zu einer der einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt. Der *Economist* lobte, er habe das «bisher intelligenteste Buch» über die Probleme des Kapitalismus in der Dritten Welt geschrieben. Und Bill Clinton glaubt, de Soto habe das vielversprechendste Projekt zur Armutbekämpfung in den Entwicklungsländern entworfen.

Die Geschichte lehrt

Derlei Superlative verdient man sich nicht mit Leidenschaft allein. Hernando de Soto ist gefragt, weil er den Präsidenten und Premiers eine überraschend einfache Lösung für die Probleme der Dritten Welt präsentiert. Die Entwicklungsländer, sagt er, könnten die Armut aus eigener Kraft bewältigen. Dazu bräuchten sie keine Verdoppelung der Hilfsgelder und auch keinen Schuldenerlass, wie das jüngst der G-8-Gipfel

in Schottland beschloss und diese Woche der Uno-Gipfel in New York bekräftigt hat. Erfolgversprechender als alle Milliardengeschenke, sagt der Sohn eines sozialistischen Politikers, seien: Privateigentum, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft. Diese Botschaft verbreitet de Soto mit dem Talent zum eingängigen Beispiel. Beschwörend schüttelt er beide Arme und sagt heiser: «Vergessen Sie doch Ihre eigene Geschichte nicht. Die Schweiz war noch im 19. Jahrhundert das Armenhaus Europas, ein Drittweltland mit nur wenigen natürlichen Rohstoffen. Auch sie wurde nicht dank Entwicklungshilfe wohlhabend, sondern weil sie sich eine funktionierende Marktwirtschaft und einen intakten Rechtsstaat schuf.»

Wen der peruanische Ökonom überzeugen will, den lädt er auf eine Zeitreise ein, zurück ins Jahr 1979. Damals kam er, 38 Jahre alt, wohlhabend aus dem Schweizer Exil zurück in sein Heimatland. Sein Vater war Stabschef eines sozialistischen Präsidenten gewesen und 1948 vor einem Militärputsch nach Genf geflohen. Hernando de Soto wuchs in der Schweiz auf, studierte am Institut universitaire de hautes études internationales und ist einer der wenigen Entwicklungsexperten, die eine erfolgreiche Karriere in der Privatwirtschaft vorweisen können. Er leitete eine der grössten industriellen Consultingfirmen Europas, beriet den Schweizerischen Bankverein und die kupferexportierenden Länder und arbeitete beim Gatt, der heutigen Welthandelsorganisation.

Zurück in Peru, wo er die Leitung eines Bergbauunternehmens übernahm, ärgerte ihn schnell, dass er sich ständig mit den Firmenjuristen und mit viel grösseren bürokratischen Schikanen herumzuschlagen hatte als je in Europa. Nach einer der zahllosen Sitzungen mit seinen Anwälten, die ihn viel Zeit und noch mehr Nerven kosteten, wollte er den Grund dafür wissen. Er beauftragte zwei junge Juristen, alle Gesetze und Vorschriften zu zählen, die in Peru seit dem Zweiten Weltkrieg eingeführt worden waren und die Wirtschaft betrafen.

Das Resultat war bizarr: 28 000 neue Regulierungen waren geschaffen worden. Pro Jahr. 75 Erlasse pro Tag. Darauf stellte de Soto fünf Studenten an. Sie sollten in einem Aussenbezirk von Lima ein kleines Nähatelier gründen, mit zwei Singer-Maschinen und einem Angestellten zu 50 Dollar Monatslohn. Einzige Bedingung:

Sie durften den bürokratischen Weg nicht abkürzen – weder mit Bestechungsgeldern noch mit Beziehungen –, sie mussten sich streng an die geltenden Gesetze halten. Die fünf Studenten standen vor den Ämtern Schlange und füllten Formular um Formular um Formular aus. Bis sie die elf Bewilligungen für das Nähatelier in den Händen hielten, hatten sie exakt 289 Tage lang dafür gearbeitet. Und 1231 Dollar an Steuern, Gebühren und Abgaben bezahlt. Zehn Beamte wollten geschmiert werden.

178 Formulare für ein Haus

Das war der Anfang des Instituto Libertad y Democracia (ILD), des Instituts für Freiheit und Demokratie, das der *Economist* als zweitwichtigsten Think-Tank der Welt bezeichnet (nach der amerikanischen Hoover Institution). De Sotos Institut machte es sich zur Aufgabe, die Ineffizienz der Bürokratie in der Dritten Welt zu erforschen und ein Rezept dagegen zu finden. In Kairo brauchten seine Mitarbeiter 549 Arbeitstage, um eine Bäckerei zu registrieren. 33 Ämter waren involviert. In Mexiko hatten sie 17 Monate, um eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu gründen. In Daressalam, dem tansanischen Regierungssitz, wo er sich die Grippe mit dem gefährlichen Namen holte, dauerte es zwei bis drei Jahre, bis alle Bewilligungen für einen kleinen Laden erteilt waren. In Manila auf den Philippinen mussten 178 Formulare ausgefüllt und 53 Behördengänge getan werden, um ein Haus auf öffentlichem Grund zu bauen. So viel Zeit hatten de Sotos Angestellte dann doch nicht, sie rechneten mit einem Aufwand von mindestens 13 Jahren.

Die Konsequenz derart absurder Bürokratie, die de Soto in jedem Entwicklungsland antraf, in dem er tätig war, überrascht wenig. Er spricht von einer «rechtlichen Apartheid». Eine kleine Elite, gut vernetzt und wohlhabend, entzieht sich den Beamten durch Anwälte, Schmiergelder und Beziehungen und kommt zu ihrem Recht. Die grosse Masse dagegen kann sich den bürokratischen Aufwand weder zeitlich noch finanziell leisten. Wie in Peru zum Beispiel, wo de Soto, unüblich für einen gutsituierten Geschäftsmann, Wochenende für Wochenende in den Slums recherchierte und mit den Bewohnern sprach. Was er dort sah und hörte, stellt die gängige Vorstellung von Armut in der Dritten Welt auf den Kopf. >>>

Weil sein Schäferhund haarig und deutsch ist und keinen Respekt vor Privateigentum hat, heisst er Karl Marx: Dritte-Welt-Experte de Soto, 64.

Weltwoche Nr. 37.05
Bild: Thomas J. Mueller (Agentur Focus)

Mehr oder wirksamer?

Von Nina Streeck — In zehn Jahren will die Uno die Armut halbiert haben. Und hat keine Ahnung, wie sie das erreichen will.

Am Weltgipfel der Uno, der diese Woche in New York stattfindet, würden einige Repräsentanten lieber über anderes reden als über die Millenniums-Entwicklungsziele. Diese sollten am besten gar nie mehr erwähnt werden, fand zum Beispiel der amerikanische Botschafter John Bolton im Vorfeld der Veranstaltung. Denn es sei kaum vorstellbar, dass das Ziel erreicht werde.

Tatsächlich: «Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden die Versprechen gebrochen», gibt selbst Kemal Dervis zu, der Leiter der UN-Entwicklungsorganisation. Warum also der Öffentlichkeit sehenden Auges einen Grund geben, wieder einmal enttäuscht zu sein von den Vereinten Nationen, wenn man in spätestens zehn Jahren das Scheitern eingestehen muss?

Vor fünf Jahren verpflichteten sich 189 Staats- und Regierungschefs auf ein Programm, das in seiner Kürze und Schlichtheit einige Anziehungskraft hat: Es lässt sich auf einer A4-Seite aufführen und – ein Novum – münzt die übliche schwammige Rhetorik in messbare Ziele um. Armut: Zahl derjenigen halbieren, die von weniger als einem Dollar am Tag leben. Ausbildung: Primarschulbesuch für alle Kinder. Kindersterblichkeit: um zwei Drittel bei den unter 5-Jährigen senken. Infektionskrankheiten: Verbreitung eindämmen.

Nun stellt sich nach und nach heraus, dass es nicht weit her ist mit der klaren Messbarkeit der Ziele. Wie viele Leute sich neu mit

Tuberkulose oder Malaria infizieren, wird zum Beispiel von kaum einem Land erfasst. Peinlich für die Uno.

Um die Entwicklungsziele doch noch erreichen zu können, fordern deren wichtigste Verfechter, allen voran der amerikanische Ökonom Jeffrey Sachs, mehr Geld. Dabei ist bekannt: Viel Entwicklungshilfe bedeutet keinesfalls viel Entwicklung. In den letzten dreissig Jahren haben sich nicht jene Länder aus der Armut befreien können, die auf die Grosszügigkeit reicher Gönner zählen konnten, sondern China und Indien, die sich dem Markt und dem Unternehmertum öffneten. Generöse Entwicklungshilfe verführt sogar dazu, Reformen zu verzögern und sich in ungute Abhängigkeiten zu verstricken, weil man im Fall einer Krise auf die Hilfe der Geberländer hofft. Zudem ist umstritten, ob Sachs' Rechnung stimmt, wie viel Geld zur Zielerreichung nötig sei. Als viel entscheidender als die Höhe gilt die Art der Hilfe.

Es ist zum Mantra der Entwicklungshilfegemeinde geworden, auf die Schaffung guter Institutionen zu pochen: Dann, und nur dann, nütze es auch, viel Geld in ein Land zu pumpen. Was sich indes hinter dem Schlagwort «gute Institutionen» verbirgt, kann niemand so genau sagen. Selbst die Weltbank-Ökonomen Michael Klein und Tim Harford gestehen in ihrem neuesten Buch «The Market for Aid» ein: «Wir wissen darüber bestürzend wenig.»

«Karl Marx», sagt Hernando de Soto, der den revolutionären Ökonomen als Analytiker sehr schätzt und seinen Schäferhund nach ihm benannte, weil er «deutsch und haarig ist und keinen Respekt vor dem Privateigentum hat», Karl Marx also «würde staunen, dass in den Shantytowns kein arbeitsloses Lumpenproletariat haust, das vom kapitalistischen System ausgebeutet wird. Dort leben innovative Unternehmer, die vom Staat unterdrückt werden.»

Totes Kapital führt kein Doppelleben

Der Fahrer etwa, der in Lima schwarz eine Buslinie betreibt und sich mit anderen, ebenso illegalen Fahrern abspricht, um den Kunden fixe Routen und Fahrzeiten anbieten zu können. Der Elektriker, der einen kleinen Reparaturbetrieb führt. Der Schreiner, der aus Abfallholz gezimmerte Betten verkauft. Der Schlosser, der aus rostigem Schrott Tür- und Fenstergitter herstellt. Der Händler, der noch den armseligsten Teil des Slums mit Zahnpasta und Zigaretten versorgt. Sie alle, bekam de Soto zu hören, arbeiten illegal. Aber nicht etwa, um sich vor Steuern oder Sozialabgaben zu drücken, wie es in Europa bei Schwarzarbeit der Fall ist, sondern weil es ihnen die herrschende Rechtsordnung verunmöglicht, die Bewilligungen zu beschaffen. «Je länger wir mit den Leuten in den Slums sprachen, desto mehr realisierten wir: Das Problem sind nicht so sehr die Armen, welche die Gesetze brechen, sondern das System, das die Armen zwingt, die Gesetze zu brechen.» Sagt de Soto mit einem Talent zur prägnanten, man dürfte auch schreiben: populistischen Vereinfachung.

Keine Regierungsstelle konnte ihm sagen, wie gross der Anteil der Schattenwirtschaft im Land einzuschätzen war; also begann sein Institut eine eigene Statistik zu erstellen. Und die ergab ein ganz anderes Bild als die erschütternden Arbeitslosenzahlen der Uno, der Weltbank

oder der Regierung. De Sotos Team fand heraus, dass neun von zehn peruanischen Kleinunternehmen nicht registriert waren; 85 Prozent aller Taxis und Busse fuhren ohne Bewilligung, sechs von zehn Einkaufsläden existierten ausserhalb der offiziellen Wirtschaft. Und diese informellen Unternehmer hatten ebenso informell die grosse Mehrheit aller Immobilien und aller Firmen des Landes geschaffen – ohne je in einem Grundbuch oder einem Handelsregister aufzuscheinen. Sie hatten Häuser, einen Fleck Land, Läden, kleine Betriebe – aber sie besaßen sie offiziell nicht. Achtzig Milliarden Dollar wert waren sie, rechnete de Sotos Institut aus.

In allen Ländern, in denen es seither mit gleicher Akribie zu Werk ging, fand das Institut für Freiheit und Demokratie Besitztümer, die horrende Summen wert, aber staatlich nicht anerkannt waren. Auf 315 Milliarden Dollar schätzte es sie in Mexiko, auf 245 Milliarden in Ägypten, auf 133 Milliarden auf den Philippinen. Allein der Wert des nicht registrierten Grund- und Immobilienbesitzes in den Ländern der Dritten Welt und der ehemaligen Sowjetunion beläuft sich laut de Sotos Hochrechnungen auf 9300 Milliarden Dollar. Das ist fast hundertmal mehr als sämtliche Entwicklungshilfe, die sämtliche Industrieländer in den letzten dreissig Jahren geleistet haben.

Die überraschendste Erkenntnis de Sotos lautet: Die Armen der Welt sind nicht arm. Sie haben aber, und das ist der entscheidende Unterschied zu den Menschen in den entwickelten Ländern, keine Besitzrechte an ihrem Vermögen. Darum können sie es nicht verwerten. Das Vermögen kann, wie de Soto sagt, «kein unsichtbares Doppelleben als Kapital führen», es ist blockiert und bleibt «totes Kapital», weil die Entwicklungsländer keine Rechtsordnung haben, die Rechtssicherheit und Eigentum garantiert. «Das ist der Grund, wieso der Kapitalismus im Norden funktioniert, im Süden aber

nur eine Minderheit davon profitiert. Das erklärt, wieso Gesellschaften, die jede andere westliche Erfindung übernommen haben, von der Büroklammer bis zum Atomreaktor, nicht fähig waren, genügend Kapital zu produzieren, um ihren heimischen Kapitalismus zum Funktionieren zu bringen.»

Um also die Probleme der Dritten Welt zu lösen, sagt de Soto, müsse man nur die untaugliche Eigentumsordnung reformieren und der Bevölkerungsmehrheit die Rechte an ihrem Besitz geben. So wird sie in die offizielle Wirtschaft integriert. So werden die immensen Summen an «totem Kapital» zum Leben erweckt. Ein Bauer kann dann, weil er mit seinem Stück Land dafür bürgt, einen Kredit aufnehmen und einen

«Es ist edel, Menschen retten zu wollen. Aber Wohltätigkeit geht nicht an die Wurzeln.»

grösseren Traktor oder mehr Saatgut kaufen. Wer ein Haus offiziell besitzt, erhält auch eher Strom und Wasser, hat eine Adresse, kann langfristig planen. Ein Händler wiederum, der legal arbeitet, kann einfacher Waren ein- und ausführen, ein Bankkonto eröffnen und Geld überweisen. So erst ist eine (internationale) Arbeitsteilung möglich, ist die Voraussetzung gegeben, um einen Markt zu vergrössern. De Soto nimmt die Sprüngli-Pralinés, die wir ihm mitgebracht haben, und improvisiert: «Dann erst können Sie Kakao aus Ghana und Zucker aus Costa Rica importieren, mit Milch aus dem Emmental mischen und Schweizer Schokolade machen.»

Herr de Soto, Ihre Ideen konsequent zu Ende gedacht, braucht die Dritte Welt gar keine Hilfe.

Das wichtigste Problem der Dritten Welt kann tatsächlich nicht von aussen, sondern nur von ihr selber gelöst werden. Wären die Entwicklungsländer, mit wenigen Ausnah-

men, sich selbst überlassen worden, hätten sie mit der Zeit selber herausgefunden, dass ihr jeweiliges Rechts- und Wirtschaftssystem nicht funktioniert. Wie die Chinesen, die nach nur 28 Jahren merkten, dass die Planwirtschaft nicht funktioniert. Dazu hatten sie keine Ratschläge aus dem Westen nötig. Ehrlicherweise muss ich aber auch sagen, dass ich nicht tun könnte, was ich tue, wäre ich nicht vom Westen finanziert.

All die Afrika-Initiativen von Bill Clinton über Bill Gates bis Bono bringen also nichts, und die Europäer können ihre weissen Armbänder mit der Aufschrift «Make Poverty History», lasst Armut Geschichte werden, wieder ablegen?

Es ist edel, Menschen vor dem Sterben retten zu wollen. Wenn sich Bill Clinton für billigere Aids-Medikamente einsetzt, wenn Bill Gates einen Teil seines Vermögens ausgibt, um die Malaria zu bekämpfen, wenn Bono, den ich übrigens als sehr intelligenten und belesenen Mann kennen lernte, Öffentlichkeit schafft, um Leid zu lindern – dann ist das alles gut und wichtig. Ich habe auch nichts gegen Leute, die weisse Armbänder tragen und das Herz auf dem rechten Fleck haben.

Aber?

Wohltätigkeit geht nicht an die Wurzeln der Armut. Deren Ursache ist die rechtliche Diskriminierung einer Bevölkerungsmehrheit in den Entwicklungsländern. Es geht darum, den Armen eine legale Basis für ihr Wirtschaften zu verschaffen. Alle verfügbaren Daten weisen darauf hin, dass es ohne Rechtsstaatlichkeit keine freien Märkte und ohne freie Märkte keine Entwicklung gibt.

Schadet Entwicklungshilfe?

Schädlich ist sie, wenn sie als Lösung des Armutproblems verkauft wird. Schädlich sind Leute wie Jeffrey Sachs, die behaupten, die

reichen Länder müssten den Armen bloss mehr Geld geben, um die Armut wirksam zu bekämpfen. Sachs sagt der Dritten Welt: Die Lösung kommt zu euch. Aber die Lösung kommt nie von aussen. Sie kam nicht von aussen in die USA, und sie kam auch nicht von aussen in die Schweiz. Hinter dieser Haltung steckt das Vorurteil, dass es die Menschen in den Entwicklungsländern

«Ich bewege mich auf einem Territorium, das die Linke als das ihrige betrachtet.»

einfach nicht packen können. Es ist pure Arroganz, wenn jemand glaubt, er könne im Arbeitszimmer einer amerikanischen Universität eine Lösung für die Dritte Welt ausbrüten.

Der kenianische Ökonom James Shikwati sagt, Entwicklungshilfe fördere nur Korruption, Abhängigkeit und Selbstgefälligkeit.

Ich sehe drei Argumente, wieso Entwicklungshilfe problematisch sein kann: Sie entzieht erstens einem Entwicklungsland Ressourcen. Wo immer ein grösseres Hilfsprogramm gestartet wird, finden Sie keine Ökonomen mehr, die sich um anderes kümmern, zum Beispiel um die Frage, wie die Produktivität zu steigern wäre. Alle fähigen Ökonomen vor Ort wechseln in die Entwicklungshilfe, ganz einfach deshalb, weil die Löhne aus dem Ausland viel höher sind. Zweitens drückt die Entwicklungshilfe das Selbstwertgefühl. Das Hauptthema wird, wie man es schafft, an noch mehr Geld aus dem Ausland zu kommen. Drittens verleitet sie die Leute dazu, sich nicht mehr auf die eigenen knappen Ressourcen zu konzentrieren und zu versuchen, sie mit anderen Ressourcen zu kombinieren, etwas daraus zu entwickeln, das Mehrwert

schafft. Wie die Schweizer es mit der Schokolade taten. Wenn sich in einem Entwicklungsland die kleine Elite nur noch auf die Entwicklungshilfe ausrichtet, dann schadet sie wirklich.

Und ein Schuldenerlass?

Im Fall von Peru wäre ich gegen einen Schuldenerlass. Je mehr Geld meine Regierung zur Verfügung hat, desto mehr gibt sie aus. Ausserdem würden künftig viele Ausländer keine Kredite mehr geben und nicht mehr investieren wollen, weil sie davon ausgehen, dass Peru seine Schulden nicht zurückbezahlen wird. Mich ärgert auch, dass die Debatte so oberflächlich geführt wird, im Sinne: Die Länder, die das Geld ausliehen, verdienen es nicht zurück, weil sie reich sind und die anderen arm.

Kritiker werfen Ihnen vor, Sie kümmern sich nur um rechtliche Fragen und ums Eigentum. Gesundheitsversorgung oder Bildung seien Ihnen nicht wichtig.

Natürlich ist die Gesundheitsversorgung von grosser Bedeutung – wie eine gute Bildung, Strassen, Infrastruktur, eine Zivilgesellschaft. Ebenso eine stabile Währung und das fiskalische Gleichgewicht eines Staates. Aber all das haben wir die letzten Jahrzehnte bereits versucht. Und es hat sich gezeigt, dass es nicht genügt.

Oft heisst es, Marktwirtschaft und Globalisierung machten die Reichen nur reicher und die Armen ärmer.

Wenn mir jemand sagt, die Armen aus Peru, Tansania oder Bangladesch seien gegen die Globalisierung, frage ich zurück: Wieso dann gehen Abermillionen von ihnen das Risiko ein, nach Europa oder in die USA auszuwandern? Weil sie globalisiert werden wollen. Wir müssen aber dafür sorgen, dass auch die Unterschichten in der Dritten Welt in die Globalisierung einbezogen werden. Sie haben

viel zu gewinnen. Ich bin nicht hier, um das Eigentum der Reichen zu beschützen. Im Gegenteil. Ein Kapitalismus, von dem nur eine kleine Minderheit profitiert, ist korrupt und nicht lebensfähig. Das ist wie Aspirin nur für 15 Prozent der Bevölkerung, das Recht auf ein sauberes Spital nur für 15 Prozent der Bevölkerung. Wieso sollte jemand, der nicht zu diesen 15 Prozent gehört, an der Urne ein solches System wählen? Karl Marx sagte, nicht die Armut provoziere gesellschaftliche Spannungen, sondern Entfremdung und Ausgrenzung.

Wollen das die Regierungen hören, die Sie beraten? Ihre Reformen bedrohen doch den Status quo und somit deren Privilegien.

Mit den Staatschefs, und wir arbeiten bewusst nur in deren Auftrag, komme ich gut zu Rande. Mehr Mühe bereiten uns die alt-eingessenen Bürokraten. Was sie tun, haben sie immer schon so getan, und sie sehen keinen Grund, das zu ändern. Mein zweiter Feind sind die Ausländer im Entwicklungsbusiness, die mich erbittert bekämpfen. In El Salvador gibt es zum Beispiel einen belgischen Funktionär, der seinen rechten Arm dafür hergeben würde, wenn er uns damit stoppen könnte.

Was hat er gegen Sie?

Es sind vor allem ideologische Gründe. Ein Niederländer sagte mir mal: Wie können wir jemanden ernst nehmen, der von Reagan unterstützt wurde! Ich bewege mich auf einem Territorium, das sie als ihres betrachten. Die Linke hat ein Monopol auf Armutsbekämpfung. *They run the show.* Seit dreissig Jahren.

Weil sich die Linke um die Armut kümmert und sich die Rechte nicht dafür interessiert.

Das ist das Drama der Welt, dass jene, die sich darum kümmern, nicht die Lösungen haben. Und jene, die die Lösung hätten, kümmern sich nicht darum.

Sie wollen den Kapitalismus vor den Kapitalisten retten?

Genau. Ich verstehe mich nicht sehr gut mit der besseren kapitalistischen Gesellschaft. Es interessiert mich nicht, ihr zu dienen. Ich weiss einfach, dass der Erfolg des Kapitalismus in den industrialisierten Ländern klaren Spielregeln zu verdanken ist. Und Eigentumsrechte sind die Basis dieser Regeln.

Funktioniert Ihre Theorie in der Praxis?

Hernando de Soto lächelt milde, als hätte er schon lange auf die wichtigste aller Fragen gewartet. Aus einem blauen Sichtmännchen zieht er ein Blatt. 28 Staatschefs berät sein Institut derzeit. Immer zeigt es zuerst die bürokratische Überregulierung auf und erfasst das Ausmass und den Wert der Schattenwirtschaft. Dann schlägt es den Präsidenten und Premiers konkret vor, wie sie ihre Rechtsordnung reformieren müssen, und erarbeitet ihnen ein detailliertes Programm, wie sie den Armen die Eigentumstitel an ihren Häusern, Grundstücken und Unternehmen gewähren können. Dafür bezahlen die Regierungen dem Institut, das nicht profitorientiert ist und gegen sechzig Angestellte beschäftigt, zwischen sieben und zehn Millionen Dollar.

Auf dem Blatt sind, säuberlich nummeriert, die Resultate von de Sotos Reformen in Peru aufgelistet, die er als Berater der Präsidenten Alan García und Alberto Fujimori initiiert hatte. Sie wurden zwischen 1982 und 1996 durchgeführt und wirken zum Teil bis heute nach. (Er selber verliess die Regierung 1993, als sich Fujimori immer autoritärer gebärdete). De Soto erreichte, dass zahllose Gesetze gestrichen oder vereinfacht und die Verwaltung entbürokratisiert wurde. Die Einwohner von Lima müssen heute nur noch bei einem Amt vorbei und nicht mehr bei 14, um einen Betrieb registrieren zu

lassen. Und er sorgte dafür, dass die informellen Eigentümer ihren Haus- und Landbesitz auf öffentlichem Grund offiziell überschrieben erhielten.

Die Erfolgswahlen, zum Teil von unabhängigen Stellen ermittelt, stützen den wichtigsten Aspekt seiner Theorie: Die neuen Eigentümer werden tatsächlich als valable Kunden behandelt und profitieren von der Marktwirtschaft.

In der ganzen Welt zitiert er das Schweizer Zivilgesetzbuch als leuchtendes Beispiel.

So schufen die 380 000 Schattenfirmen, die legalisiert wurden, in der Folge 560 000 zusätzliche Arbeitsplätze und zahlten zum ersten Mal Steuern – 300 Millionen Dollar pro Jahr (Schätzung: ILD). Der Wert der legalisierten Häuser und Unternehmen stieg um 2,2 Milliarden Dollar (Weltbank, 2001), die Einkommen der Besitzer gar um 3,2 Milliarden Dollar (Princeton University, 2002). Der frühere informelle Sektor ist heute der grösste Bezüger von Landkrediten. Bei den anderen Staaten, in denen de Soto Reformen ausarbeitet, ist es noch zu früh, um eine seriöse Bilanz zu ziehen. Die ersten Zahlen aus El Salvador, wo er Mitte der neunziger Jahre beigezogen wurde, lassen allerdings auf ähnliche Resultate schliessen. Auch dort sind die einst illegalen Hausbesitzer heute die grössten Hypothekenschuldner des Landes, mit ausstehenden Krediten von 800 Millionen Dollar.

Abrupt, als wäre es ihm etwas peinlich, mit seinem Erfolg zu hausieren, steht Hernando de Soto auf und sucht das Bild, das jahrelang in seinem Institut hing: die Landsgemeinde in Appenzell. Für ihn ist sie ein herausragendes Symbol politischer Partizipation. Könne ein Volk über die wichtigen Fragen entscheiden, glaubt er, profitiere tendenziell eine Mehrheit davon. In der Schweiz fand er nicht nur eine zweite Hei-

mat, sondern auch sein grosses Vorbild. De Soto schwärmt von Eugen Huber, der 1892 vom Bundesrat den Auftrag erhielt, die kantonal verzeitelten Privatrechte für das ganze Land zu vereinheitlichen. Der Zürcher Jurist formulierte schliesslich das Schweizerische Zivilgesetzbuch (Personen-, Familien-, Erb- und Sachenrecht), das 1907 angenommen wurde und 1912 in Kraft trat.

Das ZGB war für die Schweiz, das einstige Drittweltland, die Voraussetzung, «um im internationalen Handel mitmachen und Erfolg haben zu können», sagt de Soto. Und es ist für ihn ein Beweis, den er bei jedem Vortrag zitiert, ob in Washington, USA, oder in Ulan Bator, Mongolei. Der Beweis, dass ein Land seine Rechts- und Eigentumsordnung innert kurzer Zeit reformieren kann, wenn es nur will. Jedes Land.

Literatur:

Hernando de Soto:

The Mystery of Capital: Why Capitalism Triumphs in the West and Fails Everywhere Else.
Basic Books, 2003. 288 S., Fr. 30.10

Freiheit für das Kapital!

Warum der Kapitalismus nicht weltweit funktioniert.
Rowohlt, 2002. 286 S., Fr. 34.90

The Other Path: The Invisible Revolution in the Third World. Basic Books, 2002. 304 S., Fr. 26.80

Website des Instituts für Freiheit und Demokratie:
www.ild.org.pe